


MARTIN JANSSEN



Zweite Säule: Mehr Markt, weniger Staat

Die Krankheit des überbordenden Sozialstaates, man könnte sie aus Aktualitätsgründen auch griechische Krankheit nennen, hat viele Gesichter, aber nur drei Ursachen: mehr ausgeben als einnehmen, falsche Anreize setzen, vermeintlich Gutes tun mit dem Geld anderer. Im Falle Griechenlands werden diese Ursachen durch ein komplexes Gestrüpp aus Bankenregulationen (Basel II), Geldpolitik (Tiefzinsstrategie) und Währungspolitik (Euro) verstärkt. Das Kapital, das die EU im Rahmen des Rettungsschirms bereitstellt, wird zwar vorübergehend etwas Linderung verschaffen, die Lage aber längerfristig noch mehr destabilisieren, weil die eigentlichen Ursachen in der verfügbaren Zeit nicht beseitigt werden.

Auch die Schweiz geht in vielen Beziehungen den Weg, den Griechenland vorzeichnet. Die obligatorische zweite Säule, um ein Beispiel zu nennen, zeigt direkt vor unseren Augen, wie die griechische Krankheit einen wichtigen Pfeiler unseres Staates befallen hat. Die jährlichen Zinsgutschriften auf dem Kapital der Erwerbstätigen (BVG-Mindestzins) richten sich nicht nach den Ergebnissen der Kapitalmärkte und einer wettbewerbsorientierten Versicherungswirtschaft, sondern nach der Entscheidung des Bundesrates. Eigentlich unglaublich! Resultat: Umverteilung von den Unternehmungen und den relativ immobilien Arbeitnehmern hin zu den relativ mobilen Arbeitnehmern; tendenzielles Ausscheiden von Versicherungen aus der zweiten Säule. Und die Höhe der Neurenten richtet sich beim «Umwandlungssatz» nicht nach Lebenserwartung und Kapitalmarkt, sondern nach einem Bürokratieentscheid. Noch unglaublicher! Resultat: Neurenten, die im Schnitt dreissig bis vierzig Prozent zu hoch sind und im entsprechenden Umfang von den Erwerbstätigen finanziert werden müssen. Es ist seit mindestens 15 Jahren offensichtlich, dass die zweite Säule auf diesem Weg an die Wand gefahren wird. Die Indizien verdichten sich, dass der Point of no Return bereits überschritten ist.

Um diese und andere unheilvollen Entwicklungen zu stoppen, welche die Schweiz langsam und fast unmerklich, aber zuverlässig destabilisieren, gibt es nur eine Antwort: mehr Markt (mehr Transparenz, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung), weniger Staat (auch keine Abstimmungen über die Lebenserwartung und den Realzins). Diese Verschiebung ist langfristig wesentlich, um das zu bewahren, was die Schweiz ausmacht.